

TOP Ic Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik: Aussprache zur Rede des Präsidenten und zum Leitantrag - Aktuelle Fragen der ärztlichen Berufsausübung

Titel: Digitalisierung als Werkzeug der Entlastung - Konsequente Umsetzung und Bürokratieabbau im ambulanten Sektor

Beschlussantrag

Von: Dr. Thomas Lipp als Abgeordneter der Sächsischen Landesärztekammer
Dr. Thomas Carl Stiller als Abgeordneter der Ärztekammer Niedersachsen
Sebastian Exner als Abgeordneter der Ärztekammer Nordrhein
Dr. Tilman Kaethner als Abgeordneter der Ärztekammer Niedersachsen
Bettina Rakowitz als Abgeordnete der Ärztekammer Bremen
Johanna Riemer-Laudien als Abgeordnete der Landesärztekammer Brandenburg
Dr. Han Hendrik Oen als Abgeordneter der Ärztekammer Westfalen-Lippe
Dr. Ulrich Tappe als Abgeordneter der Ärztekammer Westfalen-Lippe
Dr. Ulrich Schwiersch als Abgeordneter der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Stefan Schröter als Abgeordneter der Ärztekammer Nordrhein
Dr. Marco Hensel MBA als Abgeordneter der Sächsischen Landesärztekammer

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen darf kein Selbstzweck sein, sondern muss sich an ihrem praktischen Nutzen für die Patientenversorgung und der Entlastung der medizinischen Fachberufe messen lassen. Die niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen haben in den vergangenen Jahren eine enorme Vorleistung erbracht. Daher fordert der 130. Deutsche Ärztetag 2026 die zuständigen Akteure im Gesundheitswesen auf - insbesondere Krankenhäuser, Krankenkassen und Rentenversicherungsträger - sektorenübergreifende Verbindlichkeit zu gewährleisten, indem die gesetzlichen Vorgaben zur Nutzung von Kommunikation im Medizinwesen (KIM) unverzüglich und flächendeckend umgesetzt werden. Zudem ist eine intelligente Verordnungssicherheit herzustellen, indem technische Schnittstellen zur digitalen Blockierung ambulanter Verordnungen während einer stationären Behandlung eingeführt werden, um Doppelstrukturen und Fehlabbrechnungen zu vermeiden. Des Weiteren braucht es eine Automatisierung von Stammdaten, welche die verbindliche Hinterlegung des Zuzahlungsbefreiungsstatus direkt auf der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) beinhaltet.

Begründung:

Angenommen: ☒ Abgelehnt: ☐ Vorstandsüberweisung: ☐ Entfallen: ☐ Zurückgezogen: ☐ Nichtbefassung: ☐

Stimmen Ja: 176

Stimmen Nein: 17

Enthaltungen: 18

ANGENOMMEN

Die Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) und der Kommunikationsstandards wurden im ambulanten Sektor mit hohem Ressourcenaufwand vorangetrieben. Es ist jedoch festzustellen, dass dieser Fortschritt einseitig bleibt, solange andere Sektoren - insbesondere Krankenhäuser und Kostenträger - die Kommunikation via KIM nicht konsequent nutzen. Ein digitaler Informationsfluss funktioniert nur, wenn alle Partner am Netz sind. Die Verzögerungen bei der Umsetzung der Gesetzgebung durch andere Akteure führen zu Medienbrüchen, die die Effizienzgewinne der Praxen zunichtemachen. Daraus resultierend muss Digitalisierung zur Entbürokratisierung führen. Derzeit binden administrative Prüfprozesse wertvolle ärztliche Arbeitszeit. Nur wenn die Digitalisierung den Praxisalltag spürbar erleichtert, wird die Akzeptanz für weitere Transformationsschritte erhalten bleiben.

ANGENOMMEN